

**Haken beim Börsengang der Post**

Der Börsengang der Post bringt Gewinne auf dem Aktienmarkt, er ist aber mit Personalabbau, Schließung von Postämtern und Verschlechterungen im Service erkaufte worden. Statt mediale Lobeshymnen auf die Privatisierung zu verkünden und von einem Aktienfeuerwerk zu reden, sollte man gerade jetzt auf diese negativen Tatsachen hinweisen.

Der steirische KPÖ-Vorsitzende Franz Stephan Parteder untermauert das mit folgendem Beispiel: Vor kurzem tätigte eine Grazerin eine Geldanweisung über 200 Euro von einem Grazer Postamt in ein anderes Grazer Postamt. Vom Postbeamten wurde die Dame darauf hingewiesen, dass dieses Geld nicht mehr zugestellt und dass auch der Empfänger von der Hinterlegung nicht mehr verständigt wird. Man muss den Empfänger selbst verständigen!

Die Gebühr für diese Anweisung betrug 6,50 Euro, das sind rund 89,00 Schilling. Parteder: „Börsenreif sein heißt also für ein Unternehmen, dass es weniger Leistung anbietet, dadurch auch weniger Bedienstete beschäftigen muss und dass gleichzeitig die Kosten für diese Leistung erhöht werden.“ „Börsenreife“ ist also mit rücksichtslosem Streben nach Gewinnmaximierung gleichzusetzen.

Die steirische KPÖ tritt dagegen für einen starken öffentlichen, gemeinnützigen Sektor ein. Dazu gehört eine leistungsfähige Post im staatlichen Eigentum, die nicht der Profitmaximierung, sondern einer hochstehenden Versorgung der Bevölkerung verpflichtet ist.

WIE DAS GELD VERPULVERT WURDE....

# Rechnungshof prangert



Stv. KPÖ-Klubobfrau Ina Bergmann: „SPÖ und ÖVP haben uns die Budgetmisere eingebrockt. Das zeigt auch der Bericht des Stadtrechnungshofes.“

Kosten über Kosten verursachen nicht nur die Vereinigten Bühnen

## NEUE EU-BRIEFKÄSTEN

# Gericht blamiert Regierung

Hausbesitzer müssen Kosten für die Umstellung nicht tragen, weil diese nicht den Bewohnern, sondern nur den Zustell-Unternehmen etwas bringt.

Als eine gewaltige Blamage der EU-hörigen Regierung und als Erfolg der Proteste der Bevölkerung wertet man bei der Grazer KPÖ den Entscheid des Verfassungsgerichtshofes in Sachen Hausbriefkästen. Demnach ist es verfassungswidrig, die Kosten für die Umstellung auf die neuen EU-Briefkästen auf die Hauseigentümer umzuwälzen. Vorläufig dürfen die alten Hausbriefkästen der Post hängen bleiben.

Die Grazer Wohnungstadträtin Elke Kahr: „In Graz haben an die tausend

Menschen mit ihrer Unterschrift gegen die EU-Briefkästen protestiert. Ich bin fest davon überzeugt, dass auch diese Aktion zu diesem Erfolg beigetragen hat.“ Hintergrund für die Aktion „Hausbriefkästen“ der Regierung war, dass die vom Europäischen Parlament und Rat beschlossene Liberalisierung der Postdienste auch in Österreich umgesetzt wird. Die EU lässt den Mitgliedstaaten aber Zeit bis 2009, um eine rechtskonforme Umstellung durchzuführen. Österreichs schwarz-blau-orange Regie-

rung wollte sich im Interesse privater Konzerne als Muster-schüler zeigen und schon vorzeitig die Umstellung erwirken, damit private Zustellunternehmen schneller ein gutes Geschäft machen können. Mit dem Beschluss des Verfassungsgerichts ist die Bundesregierung ordentlich auf die Nase gefallen.

### Zustelldienste sollen Kosten tragen

Elke Kahr: „Ich meine, dass die Kosten der Umstellung diejenigen tragen sollen, die davon profitieren wollen. Also die Werbeindustrie und die privaten, meist internationalen Zustell- bzw. Postdienste.“ Das wird nun passieren.